



OKTOBER
2026



Mit Sicherheit eingebunden

Die bilaterale Wiederannäherung von Deutschland und Großbritannien nach dem Brexit

Studienkomitees
für deutsch-
französische
Beziehungen
(Cerfa)

Nicolai von ONDARZA

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte trägt der Autor.

ISBN: 979-10-373-1282-2

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2026

Bild: Berlin, 8. Oktober 2026: Empfang für den Premierminister des Vereinigten Königreichs: Andy Burnham, und Bundeskanzler Friedrich Merz während der Begrüßungszeremonie © News Agency Germany/Shutterstock.com

Diese Veröffentlichung zitieren:

Nicolai von Ondarza, „Mit Sicherheit eingebunden. Die bilaterale Wiederannäherung von Deutschland und Großbritannien nach dem Brexit“,

Notes du Cerfa, Nr. 192, Ifri, Oktober 2026.

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: ifri.org

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der [Internetseite des Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Paul Maurice ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Marie Krpata und Jeanette Süß, Research Fellows, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über den Autor

Dr. Nicolai von Ondarza ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin sowie Associate Fellow im Europe Programme von Chatham House in London. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Governance der EU, demokratisches Regieren in Europa sowie die EU-UK und deutsch-britischen Beziehungen. In seiner Arbeit berät Nicolai von Ondarza die deutsche Bundesregierung, den Bundestag sowie die EU-Institutionen. Er ist Autor des monatlichen Newsletters [EU-Analytics](#) mit Analysen zu Entscheidungsprozessen in der EU sowie zahlreichen Analysen zur EU-Politik des Vereinigten Königreichs, den Institutionen der EU und der deutschen Europapolitik. 2023 war er Mitglied der von der deutschen und französischen Regierung einberufenen [Expertengruppe zur Erweiterung und Reform der EU](#).

Zusammenfassung

Seit dem britischen EU-Austritt haben die deutsch-britischen Beziehungen eine bemerkenswerte Wende durchlaufen: von der bewussten Distanzierung Berlins, während der Brexit-Verhandlungen – in denen Deutschland konsequent die Geschlossenheit der EU-27 über bilaterale Sonderwege stellte – hin zu einer schrittweisen Wiederannäherung, die 2025 im Kensington-Freundschaftsvertrag ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Dieser Beitrag zeichnet diese Evolution nach und analysiert, welche Substanz der neue Vertrag jenseits symbolischer Gesten besitzt. Aus einer bloßen Normalisierung ist im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine echte Intensivierung geworden, während die Kooperation in Wirtschaft, Austausch und Politik weiterhin unterhalb des Niveaus vor dem Brexit bleibt. Im Kontext der Zeitenwende ist die Verteidigungspolitik – bis hin zu gegenseitiger Beistandsverpflichtung und Nukleardialog – zum Kern des Verhältnisses geworden, wenngleich die asymmetrische Entwicklung der Verteidigungshaushalte Fragezeichen bei der Umsetzung aufwirft. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Vergleich im Dreieck der E3: Anders als der britisch-französische Lancaster-House-Vertrag enthält der Kensington-Vertrag eine bilaterale Beistandsgarantie. Für Berlin bleiben das E3-Format und „Weimar-Plus“ die bevorzugten Instrumente, um London strategisch einzubinden, während die von Paris vorangetriebene Europäische Politische Gemeinschaft und die ‚Koalition der Willigen‘ in der deutsch-britischen Zusammenarbeit keine Rolle spielen. Damit verschiebt sich das Gleichgewicht in den E3 und im deutsch-französischen Verhältnis, ohne dass die bilaterale Vertiefung mit London bislang in offenen Konflikt zu Paris geriete. Der Ausblick reicht bis 2029: Bis zu den nächsten regulären Wahlen können beide Länder auf eine liberaldemokratische Wertepartnerschaft setzen, doch die Umfrageerfolge von Reform UK und AfD lassen die längerfristige Perspektive offen.

Résumé

Depuis que le Royaume-Uni a quitté l'Union européenne (UE), les relations germano-britanniques ont connu un revirement capital : à la prise de distance délibérée de Berlin pendant les négociations sur le Brexit – l'Allemagne privilégiant résolument la cohésion des 27 États membres de l'UE plutôt que des voies bilatérales – a succédé un rapprochement progressif couronné par le traité d'amitié de Kensington en 2025. Cet article entend retracer cette évolution et analyser la teneur de ce nouveau traité au-delà des gestes symboliques. Dans le domaine de la politique de sécurité et de défense, la normalisation initiale s'est muée en un réel renforcement, tandis que la coopération dans les domaines économiques, culturels et politiques reste inférieure au niveau d'avant le Brexit. Avec le bouleversement opéré par la guerre en Ukraine, la politique de défense – incluant même un engagement d'assistance mutuelle et un dialogue sur l'arme nucléaire – constitue désormais le cœur de la relation germano-britannique, même si l'évolution asymétrique des budgets militaires soulève des interrogations quant à sa mise en œuvre. À cet égard, les relations au sein du triangle de l'E3 méritent une attention particulière : contrairement au traité franco-britannique de Lancaster House, le traité de Kensington contient une garantie d'assistance mutuelle. Berlin continue de considérer les alliances formées via l'E3 et le groupe Weimar+ comme les instruments privilégiés pour intégrer stratégiquement Londres ; la Communauté politique européenne promue par Paris et la Coalition des volontaires ne jouent, quant à elles, aucun rôle dans la coopération germano-britannique. L'équilibre s'en trouve modifié au sein de l'E3 comme dans les relations franco-allemandes, sans que le renforcement des relations germano-britanniques n'ait jusqu'à présent entraîné de conflit ouvert avec Paris. Nous nous interrogerons enfin sur les trajectoires possibles à l'horizon 2029 : si les calendriers électoraux nationaux permettent au Royaume-Uni et à l'Allemagne de miser sur un partenariat fondé sur les valeurs libérales et démocratiques, les progrès enregistrés par Reform UK et l'Alternative für Deutschland (AfD) dans les sondages laissent les perspectives à long terme ouvertes.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	7
DER BREXIT SCHAFFT DISTANZ UND MISSTRAUEN	8
VON DER NORMALISIERUNG ZUM KENSINGTON- FREUNDSCHAFTSVERTRAG	11
Die Pfeiler des Freundschaftsvertrags.....	13
Sicherheits- und Verteidigungspolitik als neuer Schwerpunkt der Beziehungen.....	15
DIE DEUTSCH-BRITISCHEN (SICHERHEITS-)BEZIEHUNGEN IM EUROPÄISCHEN KONTEXT	19
Wirtschaftliche Kooperation mit sicherheitspolitischer Wirkung	21
AUSBLICK.....	24

Einleitung

Die deutsch-britischen Beziehungen befinden sich in einer Phase der Intensivierung: Nach dem auf Verteidigungskooperation fokussierten „Trinity House Agreement“ von 2024 vereinbarten das Vereinigte Königreich und Deutschland 2025 den Kensington-Freundschaftsvertrag. Für Berlin ist London in der sich verschärfenden europäischen Sicherheitslage ein wichtiger Partner, den es – auch und gerade, weil es nicht mehr Mitglied der Europäischen Union (EU) ist – über bilaterale Zusammenarbeit enger an sich binden möchte. Der Kensington-Vertrag geht aber deutlich über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik hinaus: Er schafft einen institutionellen Rahmen für regelmäßige deutsch-britische Regierungskonsultationen, engere Zusammenarbeit in sechs Politikfeldern sowie eine Reihe von Leuchtturmprojekten, wie etwa das Vorhaben für die Entwicklung europäischer Deep Precision Strike (DPS)-Fähigkeiten.

Diese Intensivierung hat eine europäische Dimension. Sie ist eingebettet in die Renaissance des E3-Formats zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien sowie die schrittweise Wiederannäherung des Vereinigten Königreichs an die EU. Der vorliegende Beitrag nimmt diese Perspektive in den Blick und geht zwei Kernfragen nach: Wie haben sich die deutsch-britischen bilateralen Beziehungen seit dem Brexit entwickelt? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die europäische Sicherheitsarchitektur, insbesondere in Bezug auf das deutsch-französische Verhältnis und das „Dreieck“ in den E3?

Der Brexit schafft Distanz und Misstrauen

Das deutsch-britische Verhältnis hat mit dem Brexit erhebliche Veränderungen durchlaufen. Trotz der Differenzen über die grundlegende Ausrichtung der EU-Integration war London für Berlin vor 2016 innerhalb der EU ein wichtiger Ausgleichspartner, insbesondere auch im Verhältnis zu Frankreich. Während der „deutsch-französische Motor“ als Kompromissmechanismus tragend für Initiativen in der EU war und – mit Abstrichen – weiterhin ist, standen sich Deutschland und das Vereinigte Königreich in der Wirtschafts-, aber auch der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik näher. Gerade bei der Vertiefung des EU-Binnenmarkts, einer liberalen Handelspolitik, als Vetoschild bei schweren Haushaltsverhandlungen und bei der Verankerung einer transatlantisch orientierten Sicherheits- und Verteidigungspolitik waren britische Regierungen für die deutsche Politik unabhängig von ihrer parteipolitischen Ausrichtung ein Ausgleichspartner innerhalb der EU.¹

Für die deutsche Politik, die trotz der traditionell EU-skeptischeren britischen Haltung mit einem Verbleib gerechnet hatte, war das Brexit-Votum 2016 ein Schock.² Gerade weil die damalige Bundesregierung unter Angela Merkel einen Domino-Effekt befürchtete, setzte sich Berlin früh nach dem Austrittsreferendum für eine klare Linie ein: Die Verhandlungen über den EU-Austritt sollten ausschließlich über die EU-Institutionen mit dem Chefverhandler Michel Barnier seitens der EU-Kommission und politischen Leitlinien vom Europäischen Rat geführt werden.³ Während der Brexit-Verhandlungen von 2016 bis 2020 unternahm die Bundesregierung eine explizite Distanzierung zum Vereinigten Königreich, um jegliche Form der Bilateralisierung des Brexits zwischen London und Berlin und/oder Paris zu verhindern. Wichtige Ausnahme bildete hier bereits die Außen- und Sicherheitspolitik, in der etwa die Koordinierung gegenüber der ersten Trump-Administration oder die Zusammenarbeit in den E3 im Iran-Dossier fortgesetzt wurde.

1. S. Bulmer: German European Policy: A British Perspective, in: M. Jopp/F. Tekin (Hrsg.): *Deutsche Europapolitik: Handbuch für Wissenschaft und Praxis*, Baden-Baden: Nomos, 2024, S. 489-504.

2. E. Langenbacher: Tschüss, Perfidious Albion: German Reactions to Brexit, in: *German Politics and Society*, Bd. 35, Nr. 3, 2017, S. 69-85.

3. Zur Verhandlungsführung innerhalb der EU und zur Einbindung der Mitgliedstaaten siehe S. De Rynck: *Inside the Deal: How the EU Got Brexit Done*, Newcastle upon Tyne: Agenda Publishing, 2023.

Die E3 waren ursprünglich bereits in den 2000er-Jahren als Format zur Repräsentation der Europäer in den Atom-Verhandlungen mit dem Iran sowie den USA, Russland und China entstanden. Schon in der ersten Amtszeit von Donald Trump hatte das Format – auch nachdem Trump das Nuklearabkommen mit dem Iran aufgekündigt hatte – eine erhöhte Bedeutung bekommen, trotz paralleler Brexit-Verhandlungen. Seit 2024 wurde es zunehmend auch – auf Arbeitsebene wie auf Ebene der Staats- und Regierungschefs – als generelles außen- und sicherheitspolitisches Austauschformat genutzt. Dies galt insbesondere auch für die Reaktionen auf den US/Israel-Krieg mit Iran seit Februar 2026, zum Teil aber auch in Bezug auf Russland, den Umgang mit den USA sowie die Unterstützung der Ukraine.

Obwohl die deutsche Wirtschaft unter den EU-Mitgliedstaaten neben Irland und den Niederlanden besonders stark mit der britischen verwoben war, setzten sich sowohl die deutsche Bundesregierung als auch der deutsche Industrieverband BDI klar für eine Verhandlungsposition gegenüber Großbritannien ein, die den Schutz des EU-Binnenmarkts und die Kohäsion der EU-27 über einen präferierten Zugang zum britischen Markt stellte.⁴ Während manche Brexit-Befürworter erwarteten, die ‚German car makers‘ würden sich für eine weiche Verhandlungslinie einsetzen, war das Gegenteil der Fall. Aufgrund der zentralen strategischen Bedeutung des EU-Binnenmarkts unterstützte Berlin, meist im Tandem mit Paris, die Verhandlungsposition der EU-Kommission, dass es kein ‚Rosinenpicken‘ mit Teilzugang zum EU-Binnenmarkt für das Vereinigte Königreich geben könne. Deutschland unterstützte auch die Republik Irland dezidiert bei deren Verhandlungsinteresse, die Landgrenze zu Nordirland offen zu halten.

In der Folge ergaben sich für das deutsch-britische Verhältnis durch den Brexit erhebliche Konsequenzen, durch die die Distanz zwischen den beiden Ländern auf mehreren Ebenen gestiegen ist. Am sichtbarsten ist der Rückgang der Handelsverflechtungen: Während das Vereinigte Königreich 2015 noch auf Platz drei der wichtigsten Handelspartner für Deutschland lag, rangierte es im Mai 2026 nur noch auf Platz 9, hinter Österreich und der Schweiz; Frankreich liegt auf Platz 4.⁵ Besonders betroffen waren Sektoren mit eng verwobenen Produktions- und Lieferketten wie die Autoindustrie, Chemie oder Maschinenbau.

Einschnitte gab es aber auch bei den persönlichen Kontakten. Durch die erschwerten Bedingungen ist die Zahl deutscher Studierender an britischen Universitäten deutlich gesunken, schulische Austauschprogramme gingen um bis zu 80 Prozent zurück. Denn bis 2026 galt, dass ein Austausch praktisch nicht stattfinden konnte, sobald ein Schüler oder eine Schülerin der Klasse ein Visum für das Vereinigte Königreich benötigte. Erschwert wurden auch die

4. M. Grömling, J. Matthes: Deutsche Unternehmen sehen den Brexit gelassen, in: *IW-Kurzberichte*, Nr. 8/2017, Institut der deutschen Wirtschaft, 2017, verfügbar auf: www.iwkoeln.de.

5. Statistisches Bundesamt: Statistischer Bericht Außenhandelsrangfolge, Juni 2026, Destatis, 2026, verfügbar auf: www.destatis.de.

Möglichkeiten für Unternehmen, deutsche Arbeitnehmer nach Großbritannien zu entsenden. Diese Form der Distanzierung macht sich nicht unmittelbar bemerkbar, hat jedoch mittel- und langfristig die Kontakte zwischen beiden Ländern reduziert.

Auch politisch wirkten der Brexit und das zunächst konfliktreiche Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU in Deutschland nach. Insbesondere der Streit um die Umsetzung des Nordirland-Protokolls hatte Folgen. Bei den Brexit-Verhandlungen hatte der damalige Premier Boris Johnson einer Sonderlösung für Nordirland zugestimmt, um seinen „harten“ Brexit für Großbritannien umzusetzen und gleichzeitig die Landgrenze zwischen Nordirland und der Republik Irland offen zu halten. Dies hat jedoch zur Folge, dass zwischen Großbritannien und Nordirland – also innerhalb des Vereinigten Königreichs – Kontrollen durchgeführt werden müssen und in Nordirland Teile von EU-Recht weiter gelten. Schon kurz nach dem erfolgten Austritt wollte Boris Johnson eine Änderung erzwingen und kündigte an, Teile des Nordirland-Protokolls – ein Bestandteil des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich – unilateral auszusetzen. Für die deutsche Politik, die besonders stark auf eine regelbasierte Ordnung setzt, stellte dieses Vorgehen einen gezielten Vertrauensbruch dar, der auch die bilateralen Beziehungen belastete. 2021 vereinbarte die neu gebildete Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz in ihrem Koalitionsvertrag zwar eine Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich, warnte London aber in einem ungewöhnlichen Schritt zugleich explizit davor, seine Verpflichtungen aus dem Austrittsabkommen mit der EU nicht zu erfüllen; andernfalls würde Deutschland „auf eine konsequente Anwendung aller vereinbarten Maßnahmen und Gegenmaßnahmen“⁶ drängen.

6. SPD, Bündnis 90, Die Grünen, FDP: *Mehr Fortschritt wagen. Koalitionsvertrag 2021-2025*, 2021, S. 109, verfügbar auf: www.spd.de.

Von der Normalisierung zum Kensington- Freundschaftsvertrag

Seit diesem Tiefpunkt haben die deutschen und britischen Regierungen auf eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen hingearbeitet. Der erste Schritt lag erneut in der Außen- und Sicherheitspolitik: Im Juni 2021 unterzeichneten die beiden Außenminister eine „Joint Declaration of intent on UK-German foreign policy cooperation“⁷. Deutschland war dabei einer der ersten EU-Staaten, mit dem das Vereinigte Königreich nach Vollzug des Brexits ein solches bilaterales Abkommen abgeschlossen hat; es diente London durchaus als Präzedenzfall, da es im Anschluss eine Reihe vergleichbarer bilateraler Abkommen zur Außen- und Sicherheitspolitik mit anderen EU-Staaten abschloss.⁸ Mit Frankreich hat es kein vergleichbares Abkommen geschlossen, allerdings vor allem, da der 2010 geschlossene Lancaster-House-Vertrag bereits deutlich weiterging. Dies stellte auch deswegen eine Besonderheit dar, weil die britische Regierung in dieser Zeit unter Boris Johnson 2020 explizit eine außen- und sicherheitspolitische Kooperation mit der EU abgelehnt hatte und in Europa dezidiert auf die Bilateralisierung seiner Beziehungen setzte.

Die Joint Declaration an sich beinhaltet ein gemeinsames Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten und Interessen, welche das Vereinigte Königreich und Deutschland auch nach dem Brexit teilen, und die Deutschland im Inhalt mit den meisten westlichen Verbündeten hätte beschließen können. Bemerkenswert sind zwei Aspekte: So betont die Erklärung die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft für Deutschland, das sich explizit verpflichtet, das höchste Maß an Transparenz gegenüber den anderen EU-Staaten bezüglich seiner Beziehungen zum Vereinigten Königreich zu garantieren. Zudem begründet die Joint Declaration einen jährlichen „Strategischen Dialog“ zwischen den beiden Außenministern/Ministerinnen, und ist damit die erste institutionalisierte Form der deutsch-britischen bilateralen Kooperation nach dem Brexit.⁹

7. Auswärtiges Amt: Joint Declaration by the Secretary of State for Foreign, Commonwealth and Development Affairs of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Federal Minister for Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany, 30. Juni 2021, verfügbar auf: www.auswaertiges-amt.de.

8. C. Davies, H. Kassim: Bringing the EU Back In: Rethinking the United Kingdom's Post-Brexit Bilateralism, in: *JCMS: Journal of Common Market Studies*, Bd. 63, Nr. 4, 2025, S. 1318-1339.

9. Zum Strategischen Dialog und der deutsch-britischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation, siehe J. Urbanovská, M. Chovančík, M. Brusenbauch Meislová: German-UK Defence Cooperation amid Brexit: Prospects for New Bilateralism?, in: *European Security*, Bd. 31, Nr. 1, 2022, S. 39-57.

Der eigentliche Wendepunkt der Beziehungen kam zwischen 2022 und 2024, zunächst durch Veränderungen in den geopolitischen Rahmenbedingungen. Die russische Völlinvasion der Ukraine ab Februar 2022 unterstrich die gemeinsamen Sicherheitsinteressen des Vereinigten Königreichs und der EU ebenso wie Deutschlands. Dies spiegelte sich auch in einer verstärkten Kooperation zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bei Sanktionen wider und unterstrich die Bedeutung des Vereinigten Königreichs als NATO-Partner, insbesondere für Nord- und Osteuropa. Hinzu kamen ab Herbst 2024 die erneute Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und der sich seitdem vollziehende Bruch zwischen Washington und seinen europäischen Verbündeten. Aus deutscher Perspektive ist damit die enge Einbindung Großbritanniens als Sicherheitspartner in Europa noch essenzieller geworden.

Parallel entspannte sich das Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem Rücktritt von Boris Johnson. Der neue Premier Rishi Sunak (nach der sehr kurzen Amtszeit von Liz Truss) setzte auf ein pragmatischeres Verhältnis mit Brüssel und vereinbarte im Frühjahr 2023 das „Windsor-Rahmenabkommen“.¹⁰ Hiermit wurden Teile des umstrittenen Nordirland-Protokolls angepasst, und damit wurde der Streit zwischen London und Brüssel über dessen Implementierung (weitgehend) beigelegt. Für Berlin war dies ein Signal, dass sich auch im bilateralen Verhältnis mehr Spielraum für Kooperation mit London geöffnet hatte, ohne damit die Einheit der EU zu schwächen.

Hinzu kamen die besonderen parteipolitischen Beziehungen. Nach vierzehn Jahren konservativer Regierung gewann im Juli 2024 die Labour-Partei unter Keir Starmer die vorgezogenen Neuwahlen im Vereinigten Königreich. Für ein kurzes Gelegenheitsfenster wurden damit sowohl das Vereinigte Königreich als auch Deutschland von sozialdemokratischen Parteien regiert. SPD und Labour hatten dabei auch über die Jahre der Labour-Opposition intensive Kontakte gepflegt. Berlin gehörte daher – anders als bei Rishi Sunak – zu den ersten Auslandsreisen von Keir Starmer, der gemeinsam mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) die Idee eines deutsch-britischen Freundschaftsvertrags aufnahm. Getragen wurde diese Initiative dann auch vom Willen beider Regierungen, nach der Distanzierung mit dem Brexit die bilateralen Beziehungen wieder zu beleben. Aus deutscher Perspektive war dabei klar, dass die bilateralen Beziehungen den Verlust der Zusammenarbeit in der EU nicht ersetzen können. Aber zumindest ein regelmäßiger Austausch zwischen den beiden Regierungen sowie eine Kooperation in den Feldern, die das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nicht abdeckt, waren das Ziel.

10. Zum Windsor-Rahmenabkommen und seiner Bedeutung für die EU-UK-Zusammenarbeit auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, siehe M. Sus, B. Martill: There and Back Again: How UK-EU De-Institutionalisation After Brexit Shaped Re-Engagement After Ukraine, in: *JCMS: Journal of Common Market Studies*, Bd. 64, Nr. 1, 2026, S. 371-386.

Die Pfeiler des Freundschaftsvertrags

In Kombination dieser Faktoren schlossen Deutschland und das Vereinigte Königreich 2024 zunächst das Trinity-House-Abkommen und 2025 den Kensington-Freundschaftsvertrag (im Folgenden KV). Das Trinity-House-Abkommen¹¹ ist eine politische Vereinbarung der beiden Verteidigungsminister, die auf der genannten engen SPD-Labour-Kooperation aufbaute. Erklärtes Ziel des Abkommens ist eine Vertiefung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit beider Staaten, mit Fokus auf die Rüstungsindustrie, die Unterstützung der Ukraine und die operative Zusammenarbeit im transatlantischen Rahmen. Bereits die Erklärung zum Trinity-House-Abkommen enthielt einen expliziten Verweis auf die Kooperation im E3-Format mit Frankreich. Daneben enthielt es zudem eine Reihe von konkreten Vorhaben, wie die Kooperation bei Drohnen, das Ziel der Interoperabilität zwischen den beiden europäischen Kampfflugzeugen – dem Global Combat Air Programme (GCAP) des Vereinigten Königreichs, Italiens und Japans sowie dem später gescheiterten Future Combat Air System (FCAS)¹² Deutschlands, Frankreichs und Spaniens – sowie operative Zusammenarbeit etwa durch die Beteiligung deutscher Crews an britischen P-8A Poseidon Überwachungsflügen über der Nordsee.

Das Trinity-House-Abkommen war dezidiert als Vorlauf für den späteren Freundschaftsvertrag angelegt. Dieser war nach dem Auftrag von Starmer und Scholz weitgehend ausverhandelt, dann brach jedoch im November 2024 die Ampel-Regierung¹³ in Deutschland auseinander. Nach den Wahlen wurden die Verhandlungen nun unter Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) rasch wieder aufgenommen und noch während seiner ersten Amtsmonate zum Antrittsbesuch in London im Juli 2025 unterzeichnet. Bei den Verhandlungen hat sich die deutsche Bundesregierung mit der EU-Kommission abgestimmt, um Konflikte zwischen dem bilateralen Vertrag und den EU-UK-Beziehungen zu vermeiden. Zudem erfolgte die Unterzeichnung des Kensington-Vertrags wenige Wochen nach dem ersten EU-UK-Gipfel im Mai 2025, auf dem die Vertiefung der Zusammenarbeit auch zwischen EU und dem Vereinigten Königreich beschlossen wurde, einschließlich einer EU-UK-Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft. Als völkerrechtlich verbindlicher Vertrag bedurfte es jedoch in Deutschland noch einer parlamentarischen Ratifikation, die im März 2026 erfolgte.¹⁴

11. Agreement on Defence Co-operation between the Ministry of Defence of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Federal Ministry of Defence of the Federal Republic of Germany (Trinity-House-Abkommen), gov.uk, 23. Oktober 2024, verfügbar auf: www.gov.uk.

12. P. Maurice: Frankreich und Deutschland: Trotz Divergenzen die europäische Souveränität stärken, *Ifri-Briefings*, Ifri, 15. Juli 2026, verfügbar auf: www.ifri.org.

13. Die sogenannte Ampel-Koalition bildeten von 2021 bis 2024 die sozialdemokratische SPD, die Grünen und die liberale FDP unter Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

14. G. Hausding: Bundestag ratifiziert deutsch-britischen Freundschaftsvertrag, Deutscher Bundestag, 5. März 2026, verfügbar auf: www.bundestag.de.

Der Kensington-Vertrag ist sowohl symbolisch als auch praktisch bedeutsam. Symbolisch zeigt die Bezeichnung ‚Freundschaftsvertrag‘, dass die deutsch-britischen Beziehungen hiermit auf eine neue Stufe gehoben werden sollen. In der politischen Erzählung beider Regierungen vervollständigt der Kensington-Vertrag ein Dreieck aus deutsch-französischem Élysée- und Aachener-Vertrag sowie britisch-französischem Lancaster-House-Vertrag, wobei letzterer sich primär auf die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit bezieht. Das Vereinigte Königreich wurde damit auch rechtlich und symbolisch zu einem herausragenden Partner für Deutschland außerhalb der EU.

Praktisch etabliert er eine nun deutlich ausgeweitete, institutionalisierte Abstimmung zwischen beiden Staaten. So sollen nun alle zwei Jahre deutsch-britische Regierungskonsultationen stattfinden. Darunter ist eine Reihe von Ministerdialogen angesiedelt, wie etwa die Fortführung des jährlichen Strategischen Dialogs der Außenminister und Außenministerinnen sowie eines mit Trinity House geschaffenen „Verteidigungsministerrats“. Dies stellt eine Aufwertung der bisherigen Konsultationsformate zwischen Deutschland und Großbritannien dar, bleibt aber deutlich unterhalb des stark institutionalisierten Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich. Der Rhythmus der Regierungskonsultationen ist niedriger, es gibt keine parlamentarische Komponente und die enge Abstimmung im EU-Rahmen fehlt selbstredend.

Innerhalb dieser institutionellen Abstimmung soll eine engere Kooperation in sechs Politikbereichen stattfinden. Den Kern macht auch hier weiterhin die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (siehe unten) aus, wobei wesentliche Elemente des Trinity-House-Abkommens integriert wurden. Hinzu kommen Vereinbarungen zu innerer Sicherheit und Migration, zu Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, zur Förderung zwischenmenschlicher Kontakte sowie zu Energie und Klima.

Nicht zuletzt begleitet den Freundschaftsvertrag – als Parallele zum Aachener Vertrag – eine Liste an Leuchtturmprojekten, welche beide Länder in mittelfristiger Perspektive gemeinsam angehen wollen.¹⁵ Hierzu gehören etwa die Kernprojekte von Trinity House wie das Deep Precision Strike Programm, aber auch Ziele wie eine Zugverbindung von London nach Berlin oder die Vereinfachung von Schulaustauschprogrammen.

15. Auswärtiges Amt: Vertrag über Freundschaft und bilaterale Zusammenarbeit: Die 17 Projekte, die das Vereinigte Königreich und Deutschland gemeinsam umsetzen werden, 17. Juli 2025, verfügbar auf: www.auswaertiges-amt.de.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik als neuer Schwerpunkt der Beziehungen

Der Kensington-Vertrag kodifiziert damit, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zum Kern des deutsch-britischen Verhältnisses geworden ist. Sie beruht dabei ebenso auf dem übergeordneten Interesse Berlins, London über bi- und multinationale Formate eng in die europäische Sicherheitspolitik einzubinden, wie auf dem übergeordneten britischen Interesse, weiterhin eine wichtige, gestaltende Rolle in der europäischen Sicherheit zu spielen.

In mittelfristiger Perspektive kommen angesichts der sicherheitspolitischen Lage drei konkrete Ziele und Interessen zusammen, welche die bilaterale Partnerschaft Deutschlands und des Vereinigten Königreichs in diesem Bereich begünstigen. Zentrales gemeinsames Ziel ist die Abschreckung Russlands und die militärische wie finanzielle Unterstützung der Ukraine. Nach öffentlich verfügbaren Daten sind Deutschland und das Vereinigte Königreich die beiden größten europäischen Unterstützer der Ukraine; vor und zu Beginn des Krieges war die britische Unterstützung besonders groß, in den letzten beiden Jahren war Deutschland wichtiger.¹⁶ Als Teil der G7 haben beide Staaten Sicherheitsabkommen mit der Ukraine abgeschlossen und bilden jeweils – Deutschland als Teil der EU-Mission, das Vereinigte Königreich mit multinationalen Partnern – ukrainische Streitkräfte aus.¹⁷

Beide Staaten, Deutschland und Großbritannien, haben dabei Russland als zentrale staatliche Bedrohung für die europäische Sicherheit identifiziert; die Briten deutlich früher bereits in ihrer ‚Integrated Review‘ von 2021.¹⁸ An der NATO-Ostflanke ist Deutschland die Lead-Nation in Litauen, wo es auch eine ständige Brigade aufbaut, und das Vereinigte Königreich in Estland. Das an die NATO angegliederte „Ramstein-Format“ – offiziell Kontaktgruppe für die Unterstützung der Ukraine – in dem die militärische Unterstützung für Kyjiw koordiniert wird, leiten der britische und deutsche Verteidigungsminister gemeinsam. Großbritannien hatte hier die Ko-Leitung übernommen, nachdem sich die USA unter Donald Trump bzw. US-Verteidigungsminister Pete Hegseth aus der Rolle zurückgezogen haben.

16. C. Trebesch, T. Nishikawa: Europe Steps Up: Ukraine Support After Four Years of War, Kiel Institut für Weltwirtschaft, Februar 2026, verfügbar auf: www.kielinstitut.de.

17. Für einen Überblick zur britischen Unterstützung für die Ukraine, siehe C. Mills: Timeline of British Military Assistance to Ukraine (2022 to Present), *Research Briefing*, Nr. CBP-9914, House of Commons Library, 11. August 2026, verfügbar auf: <https://researchbriefings.files.parliament.uk>.

18. R. Korteweg: UK Integrated Review: A Basis for More Euro-British Cooperation?, in: *Atlantisch Perspectief*, Bd. 45, Nr. 2, 2021, S. 39-45.

Nicht zuletzt ist die eigenständige, wenn auch zu einem gewichtigen Teil auf US-amerikanischer Technologie beruhende nukleare Abschreckung seitens des Vereinigten Königreichs angesichts der Zweifel an den US-Sicherheitsgarantien zu einer wichtigen Stütze geworden. Im Kensington-Vertrag haben daher beide Staaten einen umfassenden sicherheitspolitischen Dialog vereinbart, einschließlich der nuklearen Abschreckung (Art. 1 Abs. 2 KV). Zusätzlich zu Artikel 5 des NATO-Vertrags geben sich Berlin und London im Kensington-Vertrag angesichts „der engen Übereinstimmung ihrer essenziellen Interessen“ eine zusätzliche, bilaterale Beistandsgarantie im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen der beiden Staaten. Einem Bericht der britischen Tageszeitung *The Telegraph* zufolge sind die deutsche und die britische Regierung auch im Gespräch über eine finanzielle Beteiligung seitens Deutschlands an der britischen nuklearen Abschreckung und/oder am Schutz damit verbundener britischer militärischer Infrastruktur durch deutsches Militär. Das würde weitergehen als die angestrebte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in der nuklearen Abschreckung, das Entscheidungsrecht würde aber auch hier komplett bei den Briten verbleiben.¹⁹

Bemerkenswert ist auch hier der Vergleich im Dreieck der E3. Deutschland und Frankreich haben 2019 mit dem Aachener Vertrag ebenfalls eine über den NATO- (und EU-Vertrag) hinausgehende bilaterale Beistandsverpflichtung vereinbart.²⁰ Der Lancaster-House-Vertrag zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich enthält hingegen keine bilaterale Beistandsverpflichtung; in der 2025 vom damaligen Premierminister Keir Starmer und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron veröffentlichten Erklärung von Northwood hielten beide Länder jedoch fest, dass es keine strategische Bedrohung gebe, die nur einen von ihnen betreffe, und keine extreme Bedrohung Europas, auf die sie nicht gemeinsam antworten würden. Vereinbart wurde zudem eine britisch-französische ‚Nuclear Steering Group‘ zur Koordination in der nuklearen Abschreckung.²¹

Beide Staaten teilen ebenfalls das Interesse an einer umsichtigen Anpassung des transatlantischen Verhältnisses, wenn auch aus unterschiedlichen historischen Motiven. Sowohl die britische als auch die deutsche Regierung, über jeweilige Regierungswechsel hinaus, haben dabei seit dem zweiten Amtsantritt von Donald Trump das Ziel verfolgt, zwar die eigene sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit zu erhöhen, gleichzeitig aber von sich aus nicht die USA aus Europa heraus zu drängen. Im Gegenteil: Trotz unterschiedlicher Ausgangslage durch EU-Mitgliedschaft bzw. Austritt setzen sowohl Berlin als auch London trotz

19. J. Barnes, J. Rothwell, J. Crisp: Germany in Talks to Help Fund Trident, *The Telegraph*, 26. August 2026, verfügbar auf: www.telegraph.co.uk.

20. R. Kempin, B. Kunz: The Treaty of Aachen. New Impetus for Franco-German Defense Cooperation?, *Éditoriaux de l'Ifri*, Ifri, 22. Januar 2019, verfügbar auf: www.ifri.org.

21. Northwood Declaration: 10 July 2025 (UK-France Joint Nuclear Statement), 10. Juli 2025, verfügbar auf: www.gov.uk.

und gerade angesichts der zunehmend antagonistischen Haltung der US-Regierung gegenüber ihren europäischen Verbündeten auf eine „NATO-first“-Strategie, in der die Allianz der zentrale Handlungsrahmen für die Territorialverteidigung in Europa und die Abschreckung gegenüber Russland bleibt.

Diese politische Strategie spiegelt sich auch in dem Freundschaftsvertrag wider. Der Kensington-Vertrag erwähnt die NATO zehnmal, darunter ein klares Bekenntnis zur Führungsrolle beider Staaten innerhalb der transatlantischen Allianz und insbesondere deren Nord- und Ostflanke. Hierzu verpflichten sie sich zu dem Ziel, „die Abschreckung und Verteidigung in diesen Gebieten zu verstärken und ihre Kräfte zu koordinieren, wo immer dies möglich ist“ (Art. 7 Abs. 4 KV). Dieser Fokus auf die NATO ist für das Vereinigte Königreich eine Fortsetzung seiner bisherigen Strategie und auch Ausdruck der sehr engen Integration mit den USA. Für Deutschland stellt er aber auch eine klare strategische Entscheidung dar, auf mehr europäische Handlungsfähigkeit im nationalen Rahmen sowie auf die NATO hinzuarbeiten und nicht auf eigenständige EU-Kapazitäten.

Beim (Wieder-)Aufbau und Ausbau eigener rüstungsindustrieller Kapazitäten sind Deutschland und das Vereinigte Königreich der Sache nach sowohl Partner als auch (potenzielle) Konkurrenten. Beide gehören zu den führenden Verteidigungsindustrien in Europa, die grundsätzlich an Zusammenarbeit interessiert sind. Hier enthält der Kensington-Vertrag sowohl konkrete Vereinbarungen als auch vage formulierte politische Ziele. Das politisch hervorgehobene Flaggschiff ist das ‚Deep Precision Strike‘-Programm mit der angestrebten gemeinsamen Entwicklung eines Systems mit rund 2 000 Kilometern Reichweite. Damit soll eine zentrale Lücke in den europäischen Fähigkeiten geschlossen werden; beim NATO-Gipfel von Ankara haben hier auch weitere europäische Staaten, darunter Frankreich, Interesse an einer Beteiligung angekündigt.²² Bei den Landsystemen bündelt der Vertrag eine Fortsetzung der Boxer-Kooperation – eines gepanzerten Fahrzeugs, an dessen Entwicklung London ursprünglich beteiligt war und das für die britische Armee überwiegend in Großbritannien gefertigt wird – mit der Koordination zu zukünftigen Ground Combat Systemen.

Ebenfalls praktisch begonnen hat bereits die institutionalisierte Industriekooperation über das neu geschaffene UK-Germany Defence Industry Forum, in dem die Rüstungsindustrien beider Länder jährlich Kooperationsmöglichkeiten vorantreiben sollen.²³ Schließlich sagen im Vertrag beide Länder zu, gemeinsame Exportkampagnen durchzuführen. Hierzu wendet Großbritannien vorläufig das 2021 von Frankreich, Deutschland und Spanien geschlossene Abkommen über

22. Joint Statement on the Deep Precision Strike Capability Investment Initiative: 8 July 2026, 8. Juli 2026, verfügbar auf: www.gov.uk.

23. Das erste British-German Defence Industry Forum fand im Juni 2025 kurz vor Unterzeichnung des Kensington-Vertrags statt. Stand September 2026 hat noch kein zweites Forum stattgefunden, wohl aber ein von der Industrie selbst organisierter British-German Defence Industry Day.

Rüstungsexportkontrolle an, mit dem Ziel, langfristig volle Vertragspartei zu werden. So könnten die britischen und deutschen Regierungen in Zukunft etwa Kampagnen zum Verkauf des Eurofighter oder des Boxers gemeinsam durchführen bzw. koordinieren. Dies macht sie gegenseitig auch für zukünftige Großprojekte zu attraktiven Partnern.

Berechtigte Fragezeichen gibt es gleichwohl bei der Umsetzung dieser Vorhaben. Zum einen erschweren die politischen Turbulenzen auf beiden Seiten den Aufbau belastbarer persönlicher Netzwerke. Das Trinity-House-Abkommen und der Kensington-Vertrag wurden gerade durch die persönlichen Beziehungen zwischen SPD und Labour mit ermöglicht; seit dem ursprünglichen Auftrag im Sommer 2024 haben beide Staaten binnen zwei Jahren einen neuen Kanzler bzw. Premierminister und auf britischer Seite bereits zwei Wechsel bei den Verteidigungsministern. Seit dem ersten ‚Strategischen Dialog‘ von 2021 haben sich in keinem darauffolgenden Jahr die beiden selben Außenminister bzw. Außenministerinnen getroffen.

Vor allem aber sind die Erwartungen für die finanziellen Spielräume sehr unterschiedlich. Während Deutschland durch die Aufhebung der Schuldenbremse für den Verteidigungsbereich nach aktuellen Planungen seinen Verteidigungsetat bis 2029 auf 3,5 Prozent des BIP erhöhen will, ist der fiskalische Spielraum im Vereinigten Königreich deutlich enger.²⁴ Um auf 2,5 Prozent des BIP zu kommen, musste die Regierung von Keir Starmer die britische Entwicklungshilfe deutlich kürzen, im Juni 2026 trat der damalige Verteidigungsminister John Healey, treibende Kraft hinter dem Trinity-House-Abkommen, aus Protest gegen die mangelnde finanzielle Ausstattung für Verteidigung angesichts der Bedrohungslage zurück. In der neuen Regierung von Premierminister Andy Burnham ist John Healey nun selbst Finanzminister geworden. Es bleibt abzuwarten, ob auch das Vereinigte Königreich seine finanziellen Ambitionen im Verteidigungsbereich hochschraubt.²⁵ Durch deutlich höhere Zinsen und Gesamtverschuldung dürfte der finanzielle Spielraum, auch für gemeinsame Projekte, für die britische Regierung aber kleiner bleiben als für Deutschland.

24. D. Barrie u.a.: UK Defence Investment Plan: Mixed Messages, *Military Balance Blog*, International Institute for Strategic Studies, 1. Juli 2026, verfügbar auf: www.iiss.org.

25. Vor seinem ersten Haushalt hat nun Finanzminister John Healey jedoch bereits Abstand von dem Ziel genommen, bis 2030 3 Prozent des BIP an Verteidigungsausgaben zu erreichen, siehe hierzu G. Parker/S. Fleming: Healey to Shelve His Own Defence Spending Target of 3% of GDP by 2030, *Financial Times*, 28. August 2026, verfügbar auf: www.ft.com.

Die deutsch-britischen (Sicherheits-)Beziehungen im europäischen Kontext

Diese Zusammenarbeit in der Außen- ebenso wie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen Deutschland und Großbritannien ist gezielt eingebettet in den europäischen Kontext. Eine Ausgrenzung der Briten, und damit potentiell gemeinsame Abkehr von USA und Vereinigten Königreich, will Berlin verhindern. Gleichzeitig hat London ein großes Interesse daran, auch nach dem Brexit ein wichtiger europäischer Sicherheitsakteur zu bleiben und über bilaterale, aber auch minilaterale Formate eine europäische Führungsposition beizubehalten.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, „die Strategische Partnerschaft zwischen dem Vereinigten Königreich [...] und der Europäischen Union zu stärken“, einschließlich der 2025 kurz vor dem Kensington-Vertrag unterzeichneten EU-UK-Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft.²⁶ Innerhalb der EU war Berlin dabei ein starker Befürworter für engere Sicherheitsbeziehungen der Union mit dem Vereinigten Königreich. Dabei gab es durchaus Konflikte mit der französischen Regierung dazu, wie weit die Einbettung gehen sollte. Beispielsweise setzte sich Berlin für möglichst offene Kriterien für eine Beteiligung am Finanzierungsinstrument SAFE („Security Action for Europe“) ein, während die französische Diplomatie striktere Kriterien und hohe Finanzbeteiligungen der Briten forderte. An letzteren scheiterte die britische Beteiligung an SAFE im November 2025.²⁷ Auf längere Sicht bleibt Berlin dabei an einer Intensivierung der EU-UK-Sicherheitsbeziehungen interessiert, auch um die Friktionen mit der NATO möglichst gering zu halten.

Minilaterale Formate mit deutscher und britischer Beteiligung ergänzen diese Einbettung der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere die trilaterale Zusammenarbeit mit Frankreich in Form der E3. Parallel haben Berlin und London ihre Zusammenarbeit ebenfalls in – nicht im Kensington-Vertrag erwähnten – erweiterten minilateralen Formaten verstärkt. Auch diese bauen im Grunde auf der Logik auf, jenseits von NATO und EU die ‚großen‘ europäischen Staaten zusammenzubringen. Am prominentesten waren dabei in jüngerer Zeit ‚Weimar-Plus‘ und die E5. Weimar-Plus baut,

26. N. von Ondarza: Konturen einer Allianzstrategie der EU, *SWP-Aktuell*, Nr. 2025/A 28, Stiftung Wissenschaft und Politik, 10. Juni 2025, verfügbar auf: www.swp-berlin.org.

27. A. Topping: Talks for UK to Join EU Defence Fund Collapse in Blow to Starmer's Bid to Reset Relations, *The Guardian*, 28. November 2025, verfügbar auf: www.theguardian.com.

zumindest von der namentlichen Logik her, auf das Weimar-Format aus Deutschland, Frankreich und Polen auf, ergänzt um das Vereinigte Königreich und teilweise Spanien oder Italien. Insbesondere rund um die Unterstützung der Ukraine gab es seit Herbst 2024 Treffen auf Ebene der Außenministerinnen und Außenminister sowie der Staats- und Regierungschefs, teilweise mit Repräsentationen der EU und/oder der NATO. Das E5-Format ist ähnlich aufgebaut, mit Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und dem Vereinigten Königreich, auf Ebene der Verteidigungsministerinnen und -minister.²⁸ Dabei bleiben die Formate bewusst flexibel und werden je nach aktuellen politischen Interessen zusammengesetzt. Seit Mitte 2025 standen eher die E3 im Vordergrund, auch weil die Zusammenarbeit mit Polen seit deren Präsidentschaftswahlen schwieriger geworden war.

Im Gegensatz dazu ist auffällig, dass zwei zentrale Formate mit starker französischer Rolle für die Verankerung der deutsch-britischen Zusammenarbeit im Kensington-Vertrag nicht erwähnt werden. Dies ist zum einen die ‚Koalition der Willigen‘ unter britisch-französischer Führung zur Unterstützung der Ukraine, einschließlich der Vorbereitung für die Entsendung einer Unterstützungsmission in die Ukraine im Falle eines dauerhaften Waffenstillstandes. Deutschland ist zwar Teil der Koalition der Willigen, aber deutlich zurückhaltender als Paris und London in Bezug auf eine – bis dato eher theoretische – Mission in der Ukraine selbst. Im Kontrast dazu heben die den Kensington-Vertrag begleitenden Leuchtturmprojekte die Unterstützung von Reformen, Wiederaufbau und Resilienz der Ukraine hervor.²⁹

Zum anderen bleibt die „Europäische Politische Gemeinschaft“ (EPG) unerwähnt, welche der französische Präsident Emmanuel Macron 2022 als Dachorganisation zur Abstimmung in der europäischen Sicherheit vorgeschlagen hat und die stark unter französischer Führung entstanden ist.³⁰ An der EPG nehmen alle europäischen Staaten außer Belarus und Russland teil, und sie wurde von Macron auch damit begründet, das Vereinigte Königreich als gleichberechtigten Partner in die europäische Sicherheitsarchitektur zu integrieren. Berlin hingegen war zu Beginn der EPG eher skeptisch, auch weil es Parallelformate zur EU-Erweiterung verhindern wollte. Bis heute bleibt die EPG für die deutsche Europapolitik jenseits einer guten Gelegenheit für fokussierten bilateralen Austausch mit einer Reihe von Staats- und Regierungschefs wenig relevant. So reflektiert der Kensington-Vertrag eher die deutsche Strategie zur Einbettung des

28. R. Kempin, K.-O. Lang, N. von Ondarza: Koalitionen überall – Führung nirgends? Europas Verteidigung im Wildwuchs flexibler Formate, in: B. Lippert/S. Mair (Hrsg.): *Mit, ohne, gegen Washington: Die Neubestimmung der Beziehungen Europas zu den USA*, SWP-Studie, Nr. 2026/S 03, Stiftung Wissenschaft und Politik, 22. Januar 2026, S. 18-22, verfügbar auf: www.swp-berlin.org.

29. Auswärtiges Amt: Vertrag über Freundschaft und bilaterale Zusammenarbeit ..., vgl. oben, Fn. 15.

30G. Weber: Zeitenwende à la française: Continuity and Change in French Foreign Policy after Russia's Invasion of Ukraine, in: *The British Journal of Politics and International Relations*, Bd. 27, Nr. 4, 2025, S. 1153-1175.

Vereinigten Königreichs in die europäische Sicherheitsarchitektur – über NATO, EU-UK-Sicherheitspartnerschaft und minilaterale Formate – und weniger die EPG und die Koalition der Willigen.

Wirtschaftliche Kooperation mit sicherheitspolitischer Wirkung

Jenseits der engeren sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation haben Deutschland und das Vereinigte Königreich mit dem Kensington-Vertrag auch die wirtschaftliche bilaterale Zusammenarbeit verstärkt. Grundsätzlich gilt dabei zunächst, dass der Brexit die Bedeutung Londons als wirtschaftspolitischer Partner für Berlin deutlich reduziert hat. Nicht nur ist das Vereinigte Königreich in der Rangfolge der Handelspartner nach unten gerutscht, vor allem ist die britische Regierung im EU-Rahmen, wo zentrale Weichenstellungen für die deutsche Wirtschaft gesetzt werden, nicht mehr am Tisch. Ob EU-Haushaltsverhandlungen, neue Handelsabkommen, EU-Energiepolitik oder EU-Maßnahmen zur Wettbewerbsfähigkeit: Überall dort, wo deutsche Wirtschaftspolitik in der EU gemacht wird, ist London nur noch von deutlich geringerer Bedeutung als vor 2020.

Eine zweite, eng damit verbundene Einschränkung ist, dass wichtige Teile der Wirtschaftspolitik EU-Kompetenz sind, im Fall der Handelspolitik sogar ausschließliche EU-Kompetenz, sodass die Beziehungen zum Vereinigten Königreich hier im Wesentlichen über das Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU geregelt werden. Die deutsche Bundesregierung hat sich explizit mit der EU-Kommission abgestimmt, um Konflikte zwischen dem bilateralen Kensington-Vertrag und den EU-UK-Vereinbarungen zu vermeiden. Gleichzeitig bleibt das Vereinigte Königreich außerhalb der EU als sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt mit immer noch großer Verflechtung mit der deutschen Wirtschaft auch wirtschaftspolitisch ein zwar weniger, aber immer noch wichtiger Partner. Aus deutscher Sicht sollten die Vereinbarungen zur wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit im Kensington-Vertrag daher die EU-UK-Zusammenarbeit ergänzen und verstärken, nicht unterminieren.

In der Konsequenz lassen sich in der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit vier Aspekte beobachten: Zunächst ist der Kensington-Vertrag weder in seiner Anlage noch in seinem Inhalt ein handelspolitisches Abkommen, hierfür bleibt das Handels- und Kooperationsabkommen (HKA)³¹ der zentrale Rahmen. Es finden sich daher keine bilateralen Absprachen etwa zu Zöllen, Ursprungsregeln, Kontrollen, Dienstleistungsmarktzugang oder gegenseitiger Anerkennung etwa von Berufsqualifikationen. Der Kensington-Vertrag schafft mit dem deutsch-

31. Das HKA regelt seit dem Brexit grundlegend die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, einschließlich zollfreien Handels, institutioneller Abstimmungs- und Streitschlichtungsgremien sowie der Zusammenarbeit in anderen Politikfeldern.

britischen Business-Government Forum aber ein jährliches Instrument, in dem Unternehmen und Ministerien Investitionsmöglichkeiten identifizieren und gemeinsame Projekte umsetzen. Das erste Forum dieser Art fand im April 2026 unter dem Titel „Germany and the UK – Partners for Growth, Competitiveness & Resilience“ in Berlin statt. Beschlossen wurden dort etwa gemeinsame Erklärungen zu kritischen Rohstoffen und Lieferketten sowie Industrieprojekte im Bereich von Lithium.³²

Eng damit verbunden ist der zweite Aspekt: So ist das zentrale wirtschaftspolitische Ziel des Kensington-Vertrages die Zusammenarbeit in der Wirtschaftssicherheit, mit Fokus auf Lieferkettenresilienz, kritische Rohstoffe, Technologien, den Schutz kritischer Infrastruktur sowie wirtschaftliche Schutzinstrumente. Dies unterstreicht sowohl die hohe Bedeutung des Sicherheitsaspektes in den bilateralen Beziehungen als auch die gegenseitige Verstärkung durch den EU-UK-Rahmen. Neben den gemeinsamen Erklärungen haben die zuständigen Minister im April 2026 hierzu auch einen UK-German Economic Security Dialogue eingerichtet. Hinzu kommt eine Reihe von Initiativen mit konkreter Kooperation im Technologiesektor, etwa zu KI, Quantencomputing oder Raumfahrt. In der Praxis dürfte dies jedoch ein Bereich sein, wo das Risiko von Konflikten mit EU-Kompetenzen besonders hoch ist. Denn viele konkrete Maßnahmen zur Wirtschaftssicherheit betreffen den Binnenmarkt, weswegen auch die Zusammenarbeit zwischen Brüssel und London in diesem Aspekt bisher nicht über Absichtserklärungen hinausgekommen ist.³³

Der dritte wichtige Aspekt ist die ebenfalls auf eine europäische Einbindung ausgerichtete Zusammenarbeit in der Energieinfrastruktur. Hierzu sollen Offshore-Windparks gehören, die auch mehrere Staaten über Interkonnektoren verbinden, Wasserstoff-Infrastruktur sowie eine Stromverbindung über die Nordsee zwischen Deutschland und Großbritannien. Im Januar 2026 hat Deutschland einen Nordsee-Gipfel ausgerichtet, auf dem Großbritannien – ebenso wie die EU und andere Nordseeanrainer-Staaten – vereinbarte, bis zu 300 GW an Offshore-Kapazität bis 2050 zu entwickeln und davon 100 GW durch grenzüberschreitende Kooperationsprojekte zu verbinden.³⁴ Wichtige Voraussetzung für den Erfolg dieser Projekte ist allerdings, dass das Vereinigte Königreich wieder enger an den EU-Strombinnenmarkt angebunden wird. Die EU-Mitgliedstaaten haben der Kommission hierzu im

32. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Erstes Deutsch-Britisches Wirtschafts- und Regierungsforum in Berlin, Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaftssicherheit und kritischer Rohstoffe, 27. April 2026, verfügbar auf: www.bundeswirtschaftsministerium.de.

33. J. Benford, A. Spisak: A Missing Pillar: Economic Security in the EU-UK Partnership, Bertelsmann Stiftung, 10. September 2025, verfügbar auf: www.bertelsmann-stiftung.de.

34. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Mehr grenzüberschreitender Ausbau von Windenergie auf See und Stärkung der Offshore-Branche: Deutschland lädt zum internationalen Nordsee-Gipfel 2026, 26. Januar 2026, verfügbar auf: www.bundeswirtschaftsministerium.de. Siehe auch Department for Energy Security and Net Zero: UK and Europe Sign Historic Pact to Drive Clean Energy Future, 26. Januar 2026, verfügbar auf: www.gov.uk.

März 2026 das Verhandlungsmandat erteilt, mit Deutschland als wichtiger treibender Kraft. Gleichwohl hat Deutschland nun ein besonders deutliches Eigeninteresse daran, dass diese EU-UK-Verhandlungen zum Erfolg geführt werden.

Der vierte bemerkenswerte Aspekt in der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit sind die Vereinbarungen zur Mobilität. Auch hier gilt, dass der Rahmen für die bilaterale Zusammenarbeit im EU-UK-Verhältnis gesetzt wird. In diesem Rahmen hat sich Berlin deutlich etwa für die Verbesserung der Jugendmobilität eingesetzt, und britische Versuche abgeblockt, weitergehende bilaterale Mobilitätsvereinbarungen zu treffen. Die deutsche Bundesregierung wollte damit verhindern, dass das Vereinigte Königreich nur mit ausgewählten EU-Ländern bilaterale Vereinbarungen zur Mobilität trifft und dann zwischen EU-Bürgerinnen und Bürgern diskriminiert; stattdessen präferiert Berlin eine Regelung zwischen der gesamten EU und den Briten. Es finden sich daher eher praktische Regeln zur Umsetzung der EU-UK-Beschlüsse – etwa zur Nutzung von e-Gates für britische Staatsangehörige an deutschen Flughäfen – sowie Erleichterungen für Schulaustausche.

Ausblick

In der Gesamtschau haben sich die deutsch-britischen Beziehungen seit dem Brexit deutlich weiterentwickelt. Die bilaterale Zusammenarbeit über den Kensington-Vertrag und begleitende Initiativen wird den Verlust des gemeinsamen politischen Raums der EU zwar nicht ersetzen und auch wirtschaftlich bleibt die Trennung weiterhin klar spürbar. Dank des politischen Willens auch über Regierungswechsel auf beiden Seiten hinweg hat jedoch eine Normalisierung und dann vor allem in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine Intensivierung des bilateralen Verhältnisses stattgefunden. Dies hat sich mit der Rückkehr Donald Trumps und der damit verbundenen Änderungen für die europäische Sicherheit noch einmal beschleunigt. Außerhalb der EU gehört das Vereinigte Königreich nun zu den engsten Sicherheitspartnern Deutschlands. Gleichzeitig bilden die Sicherheit und die erweiterte Wirtschaftssicherheit auch den klaren Schwerpunkt des Kensington-Vertrags.

Für die breitere europäische Sicherheitsarchitektur verstärken diese Entwicklungen den Trend hin zu flexiblen, intergouvernementalen Formaten, die ein Stück weit auch das Misstrauen gegenüber NATO und EU ausdrücken. Zwar bekennen sich beide Staaten immer wieder zu ihren Verpflichtungen in der transatlantischen Allianz sowie im Falle Deutschlands der EU, gleichzeitig drücken die neuen bilateralen Projekte und Verpflichtungen Zweifel aus, dass NATO und EU alleine den richtigen Rahmen stellen. Entscheidend wird hier sein, ob und wie weit Berlin und Paris gemeinsame Projekte wie das Deep Precision Strike-System auch für andere europäische Partner öffnen, und wie viel ihrer Zusammenarbeit sie in das bilaterale Format auslagern.

Auch das Gleichgewicht in den E3 und zwischen Deutschland und Frankreich dürfte sich verändern, wenn Berlin zusätzlich zur erheblichen Steigerung seiner Verteidigungsausgaben in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärker auf Zusammenarbeit mit den Briten setzt. Die parallelen Entwicklungen von Schwierigkeiten bis zum Abbruch in zentralen deutsch-französischen Vorhaben wie dem FCAS bei gleichzeitiger Intensivierung der deutsch-britischen Zusammenarbeit legen zumindest eine Schwerpunktverschiebung nahe. Die politische Kommunikation seitens der deutschen und britischen Regierung, dass mit dem Kensington-Vertrag ein Teil des Dreiecks zwischen Berlin, London und Paris verstärkt wird, kann nicht verbergen, dass die Verbindung der ersteren beiden aktuell dynamischer und konfliktärmer erscheint. Hier wird zu beobachten sein, wie weit Paris und Berlin in der Lage sind, ihrerseits trotz der jeweils schwierigen

innenpolitischen Lage ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im bilateralen wie im EU-Rahmen zu verstärken.

Eine besondere Aufmerksamkeit sollte der nuklearen Abschreckung und der Entwicklung neuer strategisch wichtiger Systeme gelten. Angesichts der Zweifel an der Verlässlichkeit der US-Sicherheitsgarantien steigt die Bedeutung der französischen und britischen nuklearen Abschreckung. Deutschland ist nun mit beiden – wenn auch auf unterschiedlichem Weg – in einen Dialog über die nukleare Abschreckung eingetreten. Beide, Paris und London, werden das letztliche Entscheidungsrecht über den Einsatz ihrer Nuklearwaffen für sich reklamieren. Hier gilt es sowohl für die Aufrechterhaltung der Nichtverbreitung als auch für das strategische Gleichgewicht in Europa einen Weg des Dialogs zu gehen und Konkurrenzen zu verhindern.

Ein für die Regierungen beider Länder kurz- bis mittelfristig wichtiger Faktor ist zuletzt die politische Lage in beiden Ländern. Auf nationaler Ebene stehen sowohl im Vereinigten Königreich als auch in Deutschland 2029 die nächsten Wahlen an, während in Frankreich bereits 2027 wegweisende Präsidentschafts- und Parlamentswahlen anstehen. Doch auch in Großbritannien und in Deutschland sind die politische Unsicherheit und Instabilität gestiegen. Andy Burnham ist der sechste britische Premierminister in zehn Jahren, während Friedrich Merz nach Olaf Scholz als zweitem Bundeskanzler in Folge droht, frühzeitig seinen Stuhl räumen zu müssen. Dies schafft „demokratisches Misstrauen“, ob nach den nächsten Wahlen in Großbritannien Nigel Farage oder in Deutschland gar die AfD (mit-)regieren könnte; ebenso sind jeweils vorgezogene Neuwahlen möglich. Für die auch auf gemeinsamer Wertebasis bestehende bilaterale Partnerschaft und die Zusammenarbeit in den E3 sollte dies kein Hindernis sein. Vielmehr ist es im gegenseitigen Interesse, unter den aktuellen Bedingungen die gegenseitigen Verflechtungen so weit wie möglich zu vertiefen, um die Verbindungen zwischen den europäischen Staaten zu stärken, Interdependenzen zu erhöhen und gemeinsam die gegenseitige Sicherheit zu stärken.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- J. Süß, [Zwischen Protest und Machtanspruch: Die AfD vor den Landtagswahlen im Osten](#), *Ifri-Briefings*, September 2026 (Verfügbar auf Französisch)
- P. Maurice, [Frankreich und Deutschland: Trotz Divergenzen die europäische Souveränität stärken](#), *Ifri-Briefings*, Juli 2026 (Verfügbar auf Französisch)
- H. Stark, [Deutschland im Schatten der Vereinigten Staaten, Russlands und Chinas – Systemische Paradigmenwechsel](#), *Ifri-Studies*, Juni 2026 (Verfügbar auf Französisch)
- M. Krpata, [Die deutsche Wirtschaft wieder ankurbeln: zwischen wirtschaftlichen, sozialen und verteidigungspolitischen Erfordernissen](#), *Ifri-Studies*, Mai 2026 (Verfügbar auf Englisch und Französisch)
- M. Krpata, [Inkrafttreten des EU-Mercosur-Abkommens: Letzter Akt eines endlosen Dramas für Deutschland?](#), *Ifri-Editorials*, April 2026 (Verfügbar auf Französisch)
- C. Wagner, [Die deutsch-indischen Beziehungen: wertegeleiteter oder interessensgeleiteter Partner?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 191, Ifri, März 2026 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- M. Debus, [Die Landtagswahlen 2026 in Baden-Württemberg: Erster Test für die schwarz-rote Bundesregierung von Kanzler Merz?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 190, Ifri, März 2026 (Verfügbar auf Französisch)



27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

Ifri.org